

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 21 (1980)  
**Heft:** 2

**Artikel:** Assimilierungsprämie : in der Sowjetunion gewährt man den nichtrussischen Studenten ein Chancenplus  
**Autor:** Revesz, Laszlo  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093859>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

In der Sowjetunion gewährt man  
den nichtrussischen Studenten ein Chancenplus

# Assimilierungs- prämie

Laszlo Revesz zu einer sanften Tour der Russifizierung

Die Russifizierungsbemühungen sind in der UdSSR im letzten Jahr durch zentrale Beschlüsse vor allem zum Unterrichtswesen («Verbesserung der sprachlichen Ausbildung») intensiviert worden. Dem nun scheint die schon eingeführte Praxis zu widersprechen, gerade nichtrussischen Studenten besondere Erleichterungen zum Studium zu bieten.

Ein russischer Mittelschulabsolvent, der die Hochschulprüfung bestanden hat, ist deswegen noch lange nicht studienberechtigt. Vielmehr hat er noch die grössere Hürde zu bewältigen, die dort Wettbewerb genannt wird und hier Numerus clausus heissen würde. Die Aufnahme «ohne Wettbewerb» gibt es auch; sie ist ein erschnittes Privileg (dessen Kriterien hier nicht zur Diskussion stehen). Und nun wird dieses Privileg ausgerechnet nichtrussischen Bewerbern verschiedener Sowjetrepubliken zugestanden. Freilich ist eine kleine Bedingung dabei: Sie müssen ihr Studium ausserhalb ihres Territoriums absolvieren, vorzugsweise in der Russischen Föderation (RSFSR). Das Geschenk erweist sich als Köder.

Der Aufbau eines relativ gut funktionierenden Schulsystems (das freilich der Untertanenerziehung zu dienen hat) gehört zweifellos zu den historischen Leistungen der Sowjetunion. Das bezieht sich in erster Linie auf die Randgebiete des ehemaligen zaristischen Russlands, die bildungspolitisch vernachlässigt gewesen waren.

## Bildungsanstalten an der Peripherie

Die intellektuelle Rückständigkeit der nichtrussischen Völker und Volksgruppen (Nationalitäten) wirkte sich im Vielvölkerstaat stabilisierend aus; das potentielle Ferment einer nationalbewussten Intelligenzia war schwach. Wenn ein Armenier oder Georgier an der Hochschule studierte, tat er es meist in den zentralrussischen Gebieten und wurde so fast automatisch ein «Russe».

In der Standortfrage von mittleren und höheren Schulen erwies sich das Sowjetsystem als grosszügig. Den Nationalitäten ist heute auf eigenem Territorium der Bildungsgang bis zum abgeschlossenen Universitätsstudium ermöglicht. Sie haben also ihre eigene Intelligenzia. Der Entstehung von unerwünschtem nationalem Bewusstsein der Minderheiten konnte ein totalitäres System mit andern Mitteln vorzubeugen suchen.

Aber für die Entwicklung seit Chruschtschow ist es vielleicht bezeichnend, dass man wiederum darauf gekommen ist, nichtrussische Studenten sozusagen in russische Hochschulen zu locken, um sie dort besser zu assimilieren.

## Studentenraten

Der statistisch ausgewiesene Trend geht allerdings noch immer auf einen territorialen Ausgleich der Bildungschancen hin, die in der RSFSR nach wie vor am grössten sind.

Zwischen 1976 und 1978 ist die Zahl der Studenten auf je 10 000 Einwohner im Durchschnitt der ganzen UdSSR von 190 auf 194 gestiegen. In der RSFSR, die rund die Hälfte der gut 260 Millionen Einwohner umfasst, stieg diese Verhältniszahl, von einem hohen Niveau ausgehend, nur von 212 auf 213. Das heisst, dass der zweiprozentige Gesamtzuwachs ungefähr im Verhältnis 3:1 zugunsten der nichtrussischen Gebiete stattfand. Für bestimmte Sowjetrepubliken ist allerdings die Tendenz rückläufig: In Kirgisien ging die Zahl der Studenten pro 10 000 Einwohner von 149 auf 148 zurück, in Aserbajdschan von 174 auf 173, in Estland von 163 auf 159. Gleich (tief) geblieben ist die Rate in Tadschikistan mit 121 Studenten je 10 000 Einwohner.

## Numerus clausus

In der Sowjetunion ist das Hochschulstudium namentlich für Funktionärsschichten eine wichtige Prestigefrage. Hochschuldozenten erhalten von privilegierten Eltern grosse Summen für «Nachhilfestunden», mit denen häufig auch die monetäre Nachhilfe bei der Aufnahmekommission gemeint ist. Man drängt sich vor den Toren der sowjetischen (wie übrigens auch der osteuropäischen) Hochschulen. Nur 5 bis 7 Prozent der Grundschulabsolventen möchten im Arbeiterstaat als Arbeiter oder Bauern physische Arbeit leisten; alle andern wünschen sich nichts sehnlicher als einen Schreibtisch, und zwar auch dann, wenn sie dabei nicht besser entlohnt werden als Facharbeiter.

Mitte der siebziger Jahre konnte nur ein Drittel der Studienbewerber in die Hochschulen aufgenommen werden, und laut Prognosen der sowjetischen Fachliteratur wird der Numerus clausus in der nächsten Zeit noch verschärft werden müssen.

## Bevorzugte Minderheitler - benachteiligte Minderheiten

Da die nationalen Randgebiete über weniger Plätze an den eigenen Hochschulen verfügen, hat sich nach einem vorsichtigen Beginn in den sechziger Jahren eine «Ausgleichspraxis» herausgebildet, die heute schon sehr verbreitet ist.

Die Angehörigen der kleinen Völker des Ostens, Zentralasiens, der Moldau, Aserbajdschans usw. werden nämlich an den zentralen und westlichen Hochschulen der Sowjetunion «ohne Wettbewerb» aufgenommen, das heisst unter Umgehung des Numerus clausus. Erforderlich ist für sie nur das Bestehen der Aufnahmeprüfung.

Beispielsweise erhalten die sogenannten «studentischen Emissäre» Tadschikistans an 70 Hochschulen ausserhalb dieser Unionsrepublik solche Vorzugsbedingungen. Die Zulassung zum Studium «ohne Wettbewerb» ist in den Aufnahmeplänen weltlicher Sowjetrepubliken, insbesondere der RSFSR, in einem bestimmten Ausmass für die Angehörigen anderer Republiken festgelegt.

## Russifizierung als Nebenprodukt der Sowjetisierung

Seit Ende der sechziger Jahre hat sich die «Internationalisierung» (das Wort hat einen innersowjetischen Sprachgebrauch als Annäherung der verschiedenen Völker und Volksgruppen zum Sowjetvolk) der Studentenschaft in einer weiteren Form entwickelt, und zwar wiederum unter dem Vorzeichen einer (angeblichen) Bevorzugung nichtrussischer Nationen und Nationalitäten.

Es geht um die sogenannte «Kooperation» von Hochschulen verschiedener Republiken. In ihrem Rahmen erhält ein Student, der die Aufnahmeprüfung an einer Hochschule seiner eigenen Republik bestanden hat, die Möglichkeit, an der «kooperierenden» Hochschule der andern Republik (normalerweise der RSFSR) ohne Aufnahmeprüfung aufgenommen zu werden.



Der ukrainische Opponent Valentyn Moros, 1979 gegen zwei Spione ausgetauscht, bei seiner Ankunft in den USA.

Diese interuniversitäre Zusammenarbeit bietet den jungen Leuten aus den bildungspolitisch benachteiligten Gebieten ein individuelles Chancenplus, gehört aber gleichzeitig zur deklarierten Politik der Sowjetisierung («Internationalisierung») und findet praktisch dominant als Russifizierung statt.

**Arbeitspraxis**

Schlagseitig wirkt sich schliesslich der Austausch aus, der dadurch entsteht, dass man die Jungakademiker nach Studienabschluss zu drei Jahren Arbeit abkommandiert (nachher kann sich der Absolvent individuell um Stellen bewerben). Man benützt häufig die Gelegenheit, die Nichtrussen in die Betriebe Zentralrusslands zu schicken, während umgekehrt die jungen russischen Intellektuellen in andere Sowjetrepubliken gelangen. Viele Nichtrussen wollen nach Abschluss ihrer auswärtigen Studien nicht in ihre Heimat zurückkehren. Sie ziehen es oft vor, in grösseren Zentren zu bleiben, wo es mehr zivilisatorischen Komfort gibt und die Aufstiegsmöglichkeiten besser sind. Und wer die dreijährige Arbeitspraxis in den zentralen Regionen der Sowjetunion hinter sich hat, findet dort den Anschluss an die berufliche Karriere am besten.

Zur Entfremdung von einer Minderheitenkultur ist ein Standort in Russland übrigens nicht vonnöten. Ein Russe braucht seine Muttersprache in keiner andern Sowjetrepublik abzulegen, der Nichtrusse verliert sie in jeder andern als der seinen. Das erstrebte Einheitsvolk wird russophon.

Die sowjetische Nationalitätenpolitik hat repressive Züge, die zum Widerstand reizen. Die geschilderte Studenttaktik ist anderer Art. Sie führt dazu, dass die einzelnen nichtrussischen Völker laufend einen Teil ihrer eigenen «nationalen Intelligenzia» verlieren.

Andererseits weist die Vermehrung solcher Praktiken (sie geht mit anderweitigen Russifizierungsmassnahmen Hand in Hand) auch Elemente einer

Gegenoffensive auf. Denn rein demographisch fühlen sich die Russen mit ihrer im Vergleich zu den asiatischen Völkern geringen Geburtenrate in die Defensive gedrängt.

**Der demographische Druck der Nichtrussen: letzte Volkszählung ohne letzte Zahlen**

Die Resultate der Volkszählung vom 17. Januar 1979 sind zu diesem Punkt aufschlussreich — durch ihre bisherige Nichtveröffentlichung.

Das statistische Zentralamt hat laufend Teilergebnisse bekanntgegeben: Gegenüber der letzten Volkszählung von 1970 Anstieg der Bevölkerung um knapp 21 Millionen auf 262 Millionen, Anstieg des Anteils an Stadtbevölkerung von 56 auf 62 Prozent, Anstieg des Bevölkerungsteils mit abgeschlossener oder nicht abgeschlossener Mittelschulbildung um 46 Prozent auf 139 Millionen. Und manches andere mehr.

Aber die Angaben über die nationale Zusammensetzung des «Sowjetvolkes» lassen auf sich warten. Anscheinend machen diese Berechnungen mehr Mühe als andere. Die letzte Veröffentlichung (vom 27. 12. 1979) beschränkte sich auf die Erklärung, die «grosse Mehrheit der Nationalitäten» habe «einen Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen». Bei der günstigen sprachlichen Entwicklung hingegen waren Zahlen zu haben: Die Zahl der Nichtrussen, die als zweite Sprache fließend Russisch sprechen, ist von 41,9 Millionen (1970) auf 61,3 Millionen angestiegen.

Der Bescheid über das Verhältnis von Russen und Nichtrussen steht jedenfalls noch aus. Die Zählung von 1970 hatte den Anteil der Nichtrussen mit 46,6 Prozent ausgewiesen, aber schon 1978 war demographischen Schätzungen zu entnehmen, dass der Gleichstand erreicht worden sei. Mit (annähernder) Sicherheit sind die Russen heute majorisiert.

Der demographische Druck erzeugt administrativen Gegendruck. Nach offizieller Lesart erstrebt man für jetzt die «Annäherung» und für später die «Verschmelzung» der Sowjetnationen im einheitlichen Sowjetvolk. Hierzu bedarf es der Nachhilfe. Sie wird hauptsächlich von zwei Institutionen erbracht: von der Schule und von der Armee.

**In Kürze**

Eine Lücke im Kulturleben ist geschlossen worden. Breschnew figuriert nunmehr auch als Dichter eines Oratorientextes. Vertonungswürdige Worte aus seinen Memoiren setzte die Komponistin G. Achmetowna Schubnowa in ein musikalisches Werk um, das letzten Herbst unter dem Titel «Brot und Lieder» als Oratorium uraufgeführt wurde, aus Anlass des 6. sowjetischen Komponistenkongresses. Die Künstlerin hatte bereits einen Brief Lenins sowie Gedanken über die Energieversorgung vertont.

In Polen hat eine Sejmkommission über die Arbeit der Kleinbetriebe rapportiert, die der Staat seit einiger Zeit an Private verpachtet. Es handelt sich um 12 000 Detailhandelsgeschäfte, 2000 gastronomische Betriebe und 650 Dienstleistungsbetriebe. Der Parlamentsbericht kommt laut «Zycie Warszawy» zu einem günstigen Urteil (das freilich ein ungünstiges Urteil über die staatliche Betriebsführung impliziert): Im allgemeinen hätten die betreffenden Betriebe seit ihrer Verpachtung den Umsatz gesteigert und das Angebot an Waren oder Dienstleistungen vergrößert. Gleichzeitig sei dort die Arbeitszeit besser geregelt als früher, und dabei «erspare sich» der staatliche und genossenschaftliche Handel erst noch 16 000 Arbeitskräfte, die er anderswo einsetzen könne.

Aehnlich positiv würdigt der gleiche Kommissionsbericht auch die rein privaten Kleinunternehmen: 19 000 Läden, 3300 gastronomische Betriebe und gut 700 Dienstleistungsbetriebe. Sie beschäftigen rund 42 000 Personen und erzielen einen Jahresumsatz von 15,5 Milliarden Zloty, fünfmal mehr als 1974 (damals erliess man gesetzliche Bestimmungen zur Entwicklung des «privaten Sektors» in Detailhandel und Gastgewerbe).

Weniger zufrieden zeigt sich die Kommission mit der geographischen Verteilung der Privatbetriebe. Man hätte sie gerne dort angesiedelt, wo das staatliche Versorgungsnetz nicht hinreicht, aber: «Die Praxis zeigt leider, dass sich privater Handel und private Dienstleistungen dort besser entwickeln, wo ein Netz gesellschaftlicher Geschäfte und Dienstleistungsbetriebe schon vorhanden ist.» Mit andern Worten: der staatliche Sektor versagt im Konkurrenztest, sobald man ihn ermöglicht.

Der Bericht kommt insgesamt zum «positiven Urteil», dass der Privatsektor eine «wichtige Ergänzungssrolle» spiele. Na ja, mehr ist ihm offiziell nicht zugestanden. Aber eigentlich belegen die von der Kommission selber vorgelegten Zahlen und Fakten etwas anderes: dass sich dieser Sektor als bessere *Alternativlösung* durchsetzt, wenn er nur grünes Licht erhält.

**Russifizierte Nationalisten ?**

Peter Vins, der 23jährige russische Dissident aus der Ukraine, den man im letzten Sommer gegen Spione austauschte, hat sich in seinem Gespräch für das ZeitBild (siehe Nr. 26/1979) am ukrainischen Beispiel auch über einige Aspekte der nationalen Frage geäußert. Er selbst hält sie nicht für prioritär (als Mitglied der Kiewer Helsinki-Gruppe setzte er sich vorwiegend für allgemeine Bürgerrechte ein, in deren Rahmen nationale — oder auch religiöse — Anliegen zur Geltung kommen könnten), sieht aber die nationale Opposition als überaus wichtigen Faktor an.

Auf jeden Fall müsse das auch die behördliche Beurteilung sein; die Repression werde stets um einen Grad härter, sobald sie sich gegen «Nationale» richte. Unter den politischen Gefangenen der UdSSR befinden sich laut dem ehemaligen KZ-Insassen Vins unverhältnismässig mehr Ukrainer, als ihrem Bevölkerungsanteil entsprechen würde, und sie werden für vergleichbare Delikte meist schärfer bestraft als russische politische Opponenten.

Den heutigen Bestand an Sprache und Kultur hält Vins nur in der Westukraine für einheitlich bewahrt. Das übrige Land sei russisch durchmischt bis russifiziert.

Zu den Hochschulen auf ukrainischem Territorium selbst meint Vins, auch für ukrainische Professoren und Studenten sei Russisch so sehr die normale Arbeitssprache geworden, dass sie Mühe hätten, sich ukrainisch auszudrücken, und sich dieser Mühe nur ungern unterzögen. Mancher Jungakademiker komme sich sozusagen wie folkloristisch verkleidet vor, wenn er seine Muttersprache gebrauche.

Das alles scheint eindeutig. Aber hier kommt eine interessante Beobachtung. Laut Vins wäre es nämlich durchaus voreilig, vom Russifizierungsgrad allein auf das Abhandenkommen des nationalen Bewusstseins zu schliessen. Ihm sind Fälle von Studenten bekannt, die ihre eigene sprachliche Russifizierung als «urban» und «modern» geradzu pflegten, aber trotzdem (oder kompensatorisch?) ein ausgesprochenes Nationalgefühl mit oppositioneller Schlagseite entwickelten. Auch das ist natürlich keine «Gesetzmässigkeit», aber es zeigt jedenfalls, dass die Russifizierungsdaten politisch weniger schlüssig sind, als man annehmen würde.